

Ein inoffizielles Plebiszit 07.08.2015



BERLIN/BARCELONA (Eigener Bericht) - Mit gemischten Gefühlen reagiert das deutsche Establishment auf die Ankündigung eines inoffiziellen Plebiszits zur Abspaltung Kataloniens von Spanien. Der katalanische Regierungschef Artur Mas hat die Regionalwahl am 27. September zum De-facto-Referendum über die Sezession des Gebiets erklärt. Erhält seine Einheitsliste die absolute Mehrheit, will er binnen acht Monaten die Trennung von Spanien verkünden. Die Bundesrepublik hat in der Vergangenheit immer wieder eine Abspaltung Kataloniens begünstigt; zuletzt haben sich einflussreiche deutsche Think-Tanks dafür ausgesprochen, der Sezession keine Steine in den Weg zu legen. Widerstände gibt es hingegen aus Wirtschaftskreisen. Katalonien ist ein zentraler Standort deutscher Unternehmen in Spanien, die ihre Geschäfte jedoch nicht auf die Region beschränkt sehen wollen, sondern auf den Handel mit ganz Spanien zielen; dafür wäre eine Loslösung des Gebiets von Madrid womöglich hinderlich. Regierungsberater halten die Probleme allerdings für lösbar. Manche Ökonomen wenden zudem mit Blick auf die EU-Währung ein, der Euro könne langfristig wohl nur in einem einheitlicheren Wirtschaftsgebiet erhalten bleiben. Dazu würde nach Lage der Dinge Spanien nicht gehören - möglicherweise aber ein abgespaltenes Katalonien, die stärkste Wirtschaftsregion der iberischen Halbinsel.

Die Wahl als Referendum

Der Regierungschef der spanischen Autonomen Region Katalonien, Artur Mas, erklärt die katalanische Regionalwahl am 27. September zum inoffiziellen Plebiszit über die Abspaltung des Gebiets von Spanien. "Das Datum wird in die Geschichte Kataloniens eingehen", äußerte Mas zu Wochenbeginn über die Bedeutung des Urnengangs. Diese reicht weit über eine gewöhnliche Wahl hinaus, weil die Einheitsliste aus Mas' liberaler Partei *Convergència Democràtica de Catalunya* (CDC) und der linken *Esquerra Republicana de Catalunya* (ERC) sich verpflichtet hat, binnen acht Monaten einseitig die Eigenstaatlichkeit Kataloniens auszurufen, sollte sie mehr als 50 Prozent der Stimmen erhalten. Die Festlegung ist im katalanischen Establishment durchaus umstritten und hat zu einer Umgruppierung im Parteienspektrum geführt: Die christdemokratische *Unió Democràtica de Catalunya* (UDC), die lange Jahre im Bündnis mit der CDC operierte, hat sich nun aus diesem (*Convergència i Unió, CiU*) gelöst, da sie die einseitige Abspaltung von Spanien ablehnt. Aktuelle Umfragen sehen die Einheitsliste der Sezessionisten derzeit knapp im Rückstand. Ihr wird jedoch, zumal sie von prominenten Personen wie dem Fußballtrainer Pep Guardiola (aktuell Bayern München) unterstützt wird, eine erfolgreiche Aufholjagd zugetraut.

Ein Fest für Separatisten

Aus dem deutschen Establishment sind in jüngerer Zeit unterschiedliche Reaktionen zu der geplanten Abspaltung Kataloniens zu hören gewesen. Die Bundesrepublik hat den katalanischen Separatismus in der Vergangenheit immer wieder gezielt gefördert. Im Jahr 2007 etwa war - symbolisch hochwirksam - mit Katalonien erstmals eine Region zum offiziellen "Partnerland" der populären Frankfurter Buchmesse erklärt worden - ein Fest für Sezessionisten ([german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com) berichtete [1]). Vor zwei Jahren stellte die vom Bundeskanzleramt finanzierte Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) zum ersten Mal offen die territoriale Integrität Spaniens in Frage. Die EU könne "an einen Punkt geraten, an dem zu überlegen wäre, ob eine ausgehandelte Separation nicht einem Zustand permanenter Instabilität vorzuziehen sei", hieß es in einem SWP-Papier.[2] Im vergangenen Jahr schloss sich die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in einer Kurzanalyse dieser Auffassung an. Wenngleich die Abspaltung Kataloniens zu Problemen führen könne, bedeute dies jedoch nicht, dass die Region "für immer ein Teil Spaniens bleiben solle", hieß es in einer DGAP-Analyse: Madrid solle "auf eine Übereinkunft hinarbeiten", um "dem neuen Staat" - Katalonien - "entgegentzukommen".[3] Die Sezessionsunterstützung entspricht der alten Tradition deutscher Außenpolitik, beim Versuch, potenziell konkurrierende Staaten zu schwächen, auch vor ihrer territorialen Zerlegung nach völkischen Kriterien nicht

zurückzuschrecken.[4]

Spaniens Wirtschaftsmotor

Im vergangenen Jahr sind allerdings auch gegenteilige Stimmen laut geworden. Dies hat mit der ökonomischen Bedeutung Kataloniens zu tun. Die Region umfasst nur 6,3 Prozent der Fläche Spaniens und lediglich 16,1 Prozent der spanischen Bevölkerung, erwirtschaftet jedoch rund 19 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und 26 Prozent der spanischen Exporte. Die Bundesrepublik nimmt 11,5 Prozent der katalanischen Exporte ab und führt 17,3 Prozent der Importe ein; damit ist sie größter Handelspartner und insbesondere größter Lieferant der Region. Insgesamt haben rund 5.600 ausländische Firmen in Katalonien investiert; sie stellen damit 25 Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen in Spanien. Rund 18 Prozent davon kommen jeweils aus Deutschland und aus Frankreich, die sich damit Platz eins teilen - wobei die Bundesrepublik einen leichten Vorsprung hat.[5] Katalonien, der Motor der spanischen Ökonomie, unterhält also besonders enge Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik. Dies ist nicht zuletzt dem Kooperationsprogramm "Vier Motoren für Europa" geschuldet, das 1988 auf Initiative des deutschen Bundeslandes Baden-Württemberg gegründet worden ist und die ökonomische Zusammenarbeit gestärkt hat. In ihm arbeiten vier Regionen aus vier EU-Staaten zusammen, die jeweils als besonders wirtschaftsstark gelten: Neben Baden-Württemberg sind dies Rhône-Alpes (Frankreich), die Lombardei (Italien) und Katalonien.[6]

Spaniens Markt

Katalonien besitzt damit zwar innerhalb Spaniens besondere Bedeutung für deutsche Unternehmen - dies aber eben auch, weil es Teil des spanischen Marktes ist. Deutsche Firmen seien "für einen Markt von 40 Millionen Spaniern nach Katalonien gekommen und nicht nur für sieben Millionen Katalanen", ließ sich Anfang 2014 Andrés Gómez, Präsident eines "Kreises deutschsprachiger Führungskräfte" (kdf) mit Sitz in Barcelona, zitieren.[7] Dem kdf gehören "Führungskräfte" aus Wirtschaft, Politik und Kultur in Spanien an, darunter ein Thyssen-Manager, ein früherer Berliner Botschafter in Spanien und eine Mitarbeiterin der Fundación Bertelsmann. Überwiegend deutsche Initiatoren haben zudem Anfang 2014 eine "Erklärung von Barcelona" publiziert, in der ausdrücklich vor den "verheerenden Folgen" einer Sezession gewarnt wird. Im Falle einer Abspaltung von Spanien sei die Region nicht mehr Mitglied der EU, könne nicht mehr frei mit EU-Staaten Handel treiben und müsse womöglich den Euro preisgeben, hieß es zur Begründung für die Warnung. Unterzeichnet wurde das Papier unter anderem von Ex-Thyssen-Manager Gerhard Esser und von Erwin Rauhe, dem Spanien-Chef von BASF.

Der wirtschaftspolitische Wettbewerb

Regierungsberater halten diese Schwierigkeiten prinzipiell für lösbar. Man müsse nach einer Sezession eben versuchen, mit flexiblen Lösungen "zumindest das Entstehen harter Trennlinien etwa im Güterverkehr oder bei den vier Freiheiten des Binnenmarktes zu vermeiden", heißt es in einer Analyse der SWP; flexibel solle man auch bei der Frage sein, ob Katalonien nicht einfach den Euro weiternutzen dürfe.[8] Zudem bringen Ökonomen andere Argumente für die Spaltung ins Spiel. Eine Sezession stärke "den wirtschaftspolitischen Wettbewerb" und sei daher zu befürworten, erklärte im Herbst letzten Jahres der Mannheimer Wirtschaftsprofessor Roland Vaubel, der dem Wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums angehört. "Die heutigen Staaten Europas" seien ohnehin nur "das Ergebnis von Jahrhunderten und Jahrtausenden der Willkür und der Gewalt", fuhr Vaubel fort; "das Sezessionsrecht" sei daher "notwendig, damit sich endlich politische Einheiten bilden können, die den Wünschen der Bürger entsprechen".[9]

Eine einheitliche Wirtschaftskultur

Neben Vaubel hat auch der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshausen ein Denkmodell präsentiert, das die Abspaltung Kataloniens aus deutscher Perspektive auf lange Sicht ökonomisch vorteilhaft erscheinen lässt. Abelshausen erklärte, es gebe in der Mitte Europas "eine relativ einheitliche Wirtschaftskultur": "Über Jahrhunderte ist sie von Skandinavien bis Norditalien und von der Seine bis an die Oder im engen Austausch der Märkte entstanden." Die "Wirtschaftskultur" sei nachhaltig geprägt von "Denk- und Handlungsweisen, Spielregeln und Organisationstypen, die das soziale System der Produktion" ausmachten. Ihre "Arbeitsbeziehungen" etwa seien "kooperativ", während sie anderswo - vor allem im Süden Europas - "konfliktorientiert" seien. In Zeiten der Krise führe dies zu Problemen mit der gemeinsamen Währung.[10] Abelshausen sprach sich deshalb dafür aus, nur diejenigen Regionen in der EU, die "eine relativ einheitliche Wirtschaftskultur" aufwiesen, in der gemeinsamen Währung zu behalten. Wie die

"Vier Motoren für Europa" exemplarisch zeigen, hätte in einem derartigen Währungsgebiet neben Norditalien (Lombardei) womöglich auch Katalonien einen Platz - vorausgesetzt freilich, es gehörte nicht mehr zu Spanien.

Mehr zum Thema: [Zukunft als Volk](#) , [Sprachenkampf](#) , [Europa der Völker](#) , [Das deutsche Blutsmodell \(IV\)](#) , [Grenzland-Verbünde](#) , [Der Zentralstaat als Minusgeschäft \(II\)](#) und [Spaniens Zypern-Szenario](#) und [Los von Madrid](#) .

[1] S. dazu [Sprachenkampf](#) und [Europa der Völker](#) .

[2] Kai-Olaf Lang: Katalonien auf dem Weg in die Unabhängigkeit? Der Schlüssel liegt in Madrid. SWP-Aktuell 50, August 2013.

[3] Cale Salih: Catalonia's Separatist Swell. DGAPkompakt No 12, October 2014.

[4] S. dazu [Minderheitenrechte](#) , [Der Zentralstaat als Minusgeschäft](#) und [Hintergrundbericht: Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen](#) .

[5] Katalonien zeigt sich dynamisch und generiert einen Mehrwert für die europäische Wirtschaft. www.cataloniavotes.eu 14.05.2014.

[6] S. dazu [Der Zentralstaat als Minusgeschäft \(II\)](#) .

[7] Karin Finkenzeller: Der Preis der Freiheit. www.zeit.de 16.06.2014.

[8] Susanne Gratius, Kai-Olaf Lang: Das katalanische Labyrinth. SWP-Aktuell 5, Januar 2015.

[9] Roland Vaubel: Katalonien und das Recht auf Sezession. www.anc-deutschland.cat Oktober 2014. Zu Vaubel s. auch [Brüche im Establishment \(II\)](#) .

[10] Werner Abelshäuser: Politische Union bedroht deutsche Wirtschaftsinteressen. www.cicero.de 22.07.2012. "Bruchstellen auch mit Milliarden nicht zu kitten". Westfalen-Blatt 14.07.2012. S. dazu [Wirtschaftskulturen](#) .

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com